

Vorlage in der Kreistagssitzung  
am 5. November 2012



An den  
Vorsitzenden des Kreistages Bergstraße  
**Herrn Werner Breitwieser**  
Gräffstraße 5  
64646 Heppenheim

Mörlenbacher Straße 38  
69483 Wald-Michelbach

Tel. 06207-7367  
Fax 06207-948648

Wald-Michelbach, 05. 11. 2012

## **Dringlichkeitsantrag für die Sitzung des Kreistages am 05.11.2012**

Sehr geehrter Herr Breitwieser,

für die Sitzung am 5.11.2012 in Lautertal stellen wir den nachfolgend beschriebenen Dringlichkeitsantrag:

### **Der Kreistag der Kreises Bergstraße beschließt die nachfolgende Resolution:**

"Der Kreistag Bergstraße spricht sich gegen die Verfügung der 'Kassenärztlichen Vereinigung' Hessen aus, dem 'Zertifizierten Brustzentrum' des Kreiskrankenhauses die chemotherapeutischen Brustkrebs-Behandlungen ohne Übergangfristen zu versagen.

Der Kreistag Bergstraße fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen in Frankfurt sowie die Kassenärztlich Bundesvereinigung (KBV) in Berlin dazu auf, den am Kreiskrankenhaus Bergstraße in Behandlung befindlichen Patienten die Möglichkeit einzuräumen, die dort begonnenen Behandlungen zu Ende zu führen.

Der Kreistag Bergstraße fordert das Bundesministerium für Gesundheit in Berlin auf, bei der KBV vorstellig zu werden und auf Einräumung einer Übergangsfrist für die Krebspatienten des Kreiskrankenhauses zu drängen.

## **Begründung:**

Der Presse war zu entnehmen, dass das Zertifizierte Brustzentrum unseres Kreiskrankenhauses die chemotherapeutischen Behandlungen sehr kurzfristig einstellen musste. Ausschlaggebend dafür ist eine Verfügung der KV Hessen, die einer Behandlung bei niedergelassenen Ärzten, Vorrang vor einer Behandlung in Krankenhäusern gewährt.

Die rund 50 Patienten, deren Psyche ohnehin durch ihre Krebserkrankung angeschlagen ist, müssen an eine neue Praxis in Heppenheim sowie an Kliniken in Mannheim und Heidelberg ausweichen.

Bei vielen Patienten wird die Chemotherapie, deren Verabreichung zeitlich genau fixiert ist, unterbrochen; in Frage steht, ob woanders kurzfristig und nahtlos Termine vergeben werden können, um den Behandlungsablauf und die Therapieziele zu sichern. Den Aufwand für zusätzlich erforderliche Untersuchungen sowie für höhere Fahrtkosten seien hier nur am Rande erwähnt.

Auch wenn die Maßnahme der KV Hessen im juristischen Sinne korrekt sein mag, so ist sie im Hinblick auf das Wohl der Patienten ein Skandal und kann nicht hingenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

**FREIE WÄHLER Kreis Bergstraße**



Walter Öhlenschläger  
Fraktionsvorsitzender